

Kleine Anfrage Jimmy Hofer (parteilos): Unbewilligte rechtsfreie Demonstration

An der unbewilligten „Demonstration“ in Bern vom 8. Oktober 2011, 16.00 Uhr (also während der Ladenöffnungszeiten), wurden bürgerliche Stadträte mit Waffen, die waffenscheinpflichtig sind, verletzt. Dass der Stadtpräsident dies als billigen Wahlkampf abtut, ist sehr bedenklich, denn die „Demonstrierenden“ bezeichnen uns Stadträte in ihrem Communiqué als „reaktionäre Kleinbürger“, die gegen Demo-Teilnehmende handgreiflich geworden und deshalb von „Demo“-Teilnehmenden „ruhiggestellt“ worden seien. Vom Gemeinderat kann der Normalberner also nichts anderes erwarten, als dass er selber schuld ist, wenn er sich gegen kriminelle Aktivisten aus der Reitschule zur Wehr setzt. Wenn er von dieser Gruppe in seinen eigenen Grundrechten eingeschränkt wird, so stört dies das Oberhaupt der Bundesstadt nicht. Er wird vom Stadtpräsidenten sogar als „Brandstifter“ gebrandmarkt. Dabei gilt hier die alte Losung: Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Die Chaoten forderten andererseits dazu auf, sich in den Läden zu bedienen und die Sachen nicht zu bezahlen.

Das sollte ja niemals im Sinne des Gemeinderates sein und kommt einem Aufruf zu einer Straftat gleich.

Die Polizei hatte nur die Aufgabe, auf Weisung des Gemeinderates, die Strassen für die Links-Terroristen freizumachen (z.B. Bollwerk).

Bilder belegen, dass aber auch linke gewählte Stadträte aus dem rotgrünen Bündnis an der unbewilligten „Demo“ aktiv teilgenommen haben. Unter anderem solche, die im Leitungsgremium der „Gruppe Schweiz ohne Armee“ sind, also jener Gruppierung, die vor kurzem noch sämtliche Waffen in der Schweiz verbieten wollte. Dies zeigt deutlich auf, wer hier die politischen Drahtzieher sind und aus welchem politischen Spektrum die Rädelsführer kommen.

Ich bitte den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten

1. Warum sind für den Stadtpräsidenten (den Gemeinderat) die Grundrechte einzelner Bürger weniger wert als eine nicht bewilligte, d.h. illegale Veranstaltung einer linksautonomen Aktivistengruppe?
2. Was unternimmt der Stadtpräsident in Zukunft, um die gültigen Gesetze sowie auch das Vermummungsverbot bei den staatsfeindlichen, linksautonomen, militanten Aktivisten aus der Reithalle durchzusetzen?
3. Ist der Stadtpräsident bereit, ab sofort die widerrechtlichen Handlungen der linksautonomen Aktivisten zu bekämpfen und in der Gemeinde Bern keinen rechtsfreien Raum mehr zu dulden?
4. Wieso verhindert der Gemeinderat das Eingreifen der Polizei selbst dann, wenn die Chaoten mit gefährlichen Waffen auftreten und von diesen auch Gebrauch machen? (Offizialdelikt)

Bern, 20. Oktober 2011

Kleine Anfrage Jimmy Hofer (parteilos)